

Autor: Mark Kleber
Gesprächspartner: Hans-Peter Friedrich, Bundesinnenminister
Redaktion: SWR Studio Berlin
Birgit Wentzien
Sendung: Samstag, 12.11..2011, 18.30 – 18.40 Uhr, SWR2

2 SWR2 Interview der Woche vom 12.11.2011

SWR: Herr Minister Friedrich, Sie wollen Programme zur Überwachung von Internettelefonaten, also sogenannte Trojaner, künftig lieber von den eigenen Leuten beim Bund programmieren lassen, als solche Programme bei Unternehmen einzukaufen. Ein Kompetenzzentrum soll das machen, sagen Sie. Wann kommt das?

H.-P.F.: Das kann ich momentan überhaupt nicht sagen. Wir haben momentan das BKA beauftragt, ein Konzept vorzulegen. Wir werden dann sehen, wie viele Bundesländer mitmachen werden. Ich gehe davon aus, dass die Allermeisten, wenn nicht alle mitmachen. Dann wird man eine Kostenschätzung brauchen, und in der Übergangsphase werden wir weiter mit Software arbeiten, die wir auf dem freien Markt kaufen, die aber sehr intensiv und sehr genau nach ihren Wirkungsweisen und nach dem, was sie kann, untersucht und überprüft wird.

SWR: Jetzt haben Sie keinen Stichtag nennen können, aber vielleicht können Sie doch einen Zeitraum nennen. Müssen wir, bis dieses Kompetenzzentrum an den Start geht, mit einem halben Jahr, einem Jahr, zwei Jahren rechnen?

H.-P.F.: Wie gesagt, das lässt sich momentan nicht sagen, aber ich gehe davon aus, dass es mindestens ein Jahr dauert. Es kommt immer darauf an, was man sozusagen an Basis dazu kauft und was man selber entwickeln muss. Das lässt sich jetzt nicht abschätzen.

SWR: Das Problem bei dem Staatstrojaner, der in die Kritik geraten war, war ja, dass Sie, dass das Bundeskriminalamt, die öffentlichen Stellen, gar nicht den Bauplan kannten. Heißt das, wenn Sie jetzt für die Überbrückungszeit private Programme kaufen, Sie wollen auf jeden Fall den Bauplan kennen? Sie wollen sozusagen in die Intimsphäre des Unternehmens schauen?

H.-P.F.: Also unsere Experten, die die Software, ich sage mal passgenau für das, was sie damit machen wollten, bestellt haben, haben natürlich ausprobiert und sehr genau untersucht, was kann diese Software? Denn sie darf nur das können, was auch das Gericht angeordnet hat. Richtig ist, dass wir nicht in den sogenannten Quellcode geschaut haben. Jetzt werden wir mit den Unternehmen darüber verhandeln müssen, dass sie eine unabhängige Stelle, also außerhalb der Sicherheitsbehörden, beispielsweise beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, dass wir dort das sozusagen

evaluieren lassen und mal reinschauen lassen. Denn ich bin überzeugt, dass die Unternehmen nicht dem BKA den Bauplan geben werden, also diesen Quellcode. Denn wenn das BKA sagt, wir wollen selber einen entwickeln, dann wird es natürlich keine Geschäftsgeheimnisse einer privaten Firma bekommen. Aber um jedes Misstrauen, das da in den letzten Wochen gesät und gestreut wurde, zu zerstreuen, wollen wir das von einer unabhängigen Kommission evaluieren lassen.

SWR: Ein anderes Thema, das Sie ja aktuell beschäftigt als Innenminister, ist die Vorratsdatenspeicherung. Nach wie vor gibt es da einen Streit zwischen FDP und Union, und zwischen Ihnen und der Justizministerin gravierende Meinungsunterschiede. Es gibt durchaus Stimmen in der Union, die sagen, uns würden auch drei Monate Speicherfrist genügen, weil sich in der Praxis der Ermittlungen gezeigt hat, länger zurückliegende Daten, würden eigentlich gar nicht gebraucht. Sehen Sie da eine Linie, wo man sich treffen könnte?

H.-P.F.: Unabhängig davon, ob das eine Kompromisslinie sein könnte, gilt ja das, was die Europäische Union beschlossen hat - nämlich sechs Monate. Und jetzt kann ich nicht sagen, jetzt weicht aber das Mitgliedsland Deutschland davon ab, weil es drei Monate für ausreichend hält, sondern die Richtlinie gilt und ist umzusetzen.

SWR: Und Speicherung verdachtsunabhängig.

H.-P.F.: Speicherung aller anfallenden Daten, sechs Monate, und danach werden die automatisch gelöscht.

SWR: Sie sind jetzt seit März als Innenminister im Amt. Sie waren vorher CSU Landesgruppenchef und Sie waren das mit großer Begeisterung und sehr gerne. Sind Sie zufrieden mit dem Rollenwechsel?

H.-P.F.: Ja. Weil das, was ich jetzt als Innenminister zu tun habe, deckt im Grunde all das ab, was ich als Parlamentarier über 13 Jahre sozusagen in meiner täglichen Arbeit und Meinungsbildungsprozess mit vorbereitet habe. Ich war in der Enquetekommission Demographischer Wandel. Für den Innenminister ist dieses Thema ein zentrales Thema. Ich war sieben Jahre in der Föderalismuskommission; ich bin jetzt Verfassungsminister. Ich habe mich mit den zentralen Fragen der Inneren Sicherheit als ein Kernthema der CSU, als Landesgruppen-Vorsitzender auseinandergesetzt, und ich könnte die Reihe jetzt fortsetzen. All die Themen, die mich als Parlamentarier über viele Jahre beschäftigt haben, kann ich jetzt als Bundesinnenminister unmittelbar in der Exekutive gestalten, und ich denke, das ist eine wunderbare Aufgabe.

SWR: Sie hatten eine starke Stellung als CSU-Landesgruppenchef, auch in Richtung München. Ändert sich das Verhältnis zum Parteichef - vom Landesgruppenchef hin zum Minister?

H.-P.F.: Nein, ich hatte immer ein gleichbleibendes Verhältnis zu Horst Seehofer.

SWR: Ein gleichbleibend gutes oder ein gleichbleibend...

H.-P.F.: Es ist immer alles relativ auf der Welt. Selbstverständlich, unter Parteifreunden hat man eine vernünftige Basis, um gemeinsam Politik zu gestalten.

SWR: Ihre Freunde in der Schwesterpartei CDU wollen auf ihrem Parteitag über einen gesetzlichen Mindestlohn diskutieren. Da sagt der Arbeitnehmerflügel: Lasst uns dafür die Lohnuntergrenze aus der Zeitarbeit nehmen. Die Kanzlerin hat sich davon inzwischen wieder distanziert. Aber die Debatte allein, Herr Friedrich, wirft doch die Frage auf: Wo bleibt das Konservative?

H.-P.F.: Na, die Debatte gibt es ja seit geraumer Zeit im Lande, in der Gesellschaft, wird in ganz unterschiedlicher Weise diskutiert von den Menschen. Insofern ist es auch normal, dass es eine Volkspartei CDU diskutiert. Aber ich habe ja auch eine persönliche Auffassung dazu und bin sehr froh, dass die Bundeskanzlerin sehr klar gesagt hat: Ich will einen differenzierten, nach Branchen wie regional differenzierten Mindestlohn, tariflichen Mindestlohn haben und keine gesetzlichen Vorgaben. Das ist eine klare Ansage, die mich sehr freut, die ich teile. In unserem Land gilt Tarifautonomie und in unserem Land gilt nicht, dass der Staat alles bestimmt, weder Löhne noch Preise.

SWR: Vielleicht gibt's ja noch einen anderen Weg, die „Low-Pay-Commission“, also das Vorbild in Großbritannien einer unabhängigen Kommission, die dann den Mindestlohn festsetzt. Dafür können sich inzwischen sogar FDP-Politiker erwärmen.

H.-P.F.: Also jetzt lassen wir die CDU mal diskutieren. Wer weiß, was in dieser Diskussion noch für tolle Ergebnisse heraus kommen, und das schauen wir uns das alles mal in Ruhe an, und dann muss ja die CDU, wenn sie bei ihrem Parteitag Beschlüsse fasst, das Ganze mit uns – mit der CSU – aber auch mit der FDP besprechen, und da wird ja der eine oder andere Aspekt noch relevant werden.

SWR: Bleiben wir für einen Moment, Herr Friedrich, bitte noch bei der FDP, in der ja eine Mitgliederbefragung begonnen hat zur Frage der Euro-Rettung. Ist das eine Skepsis, die sich darin ausdrückt, die Sie verstehen können? Oder ist das für Sie etwas, wo Sie Sorge haben vor drohendem anti-europäischen Populismus?

H.-P.F.: Diese Diskussion um die Griechenland-Frage, sage ich mal, um die Euro-Rettung, wie sie in den letzten Monaten stattgefunden hat, auch für viele Menschen nicht so ganz verstehbar, weil sehr, sehr komplex – diese ganze Diskussion muss aufgearbeitet werden. Wir können als Politiker nicht einfach darüber hinweg gehen, sondern müssen mit der Bevölkerung, mit den Bürgerinnen und Bürgern, auch mit unseren eigenen Parteimitgliedern darüber diskutieren, auch um Antworten ringen, auch Dinge erklären, die wir im Deutschen Bundestag abgestimmt haben. Ob das nun unbedingt eine Mitgliederbefragung à la FDP sein muss oder andere Formen, beispielsweise in die Ortsverbände zu gehen und in die Regionalkonferenzen und dort mit den Menschen zu reden, das muss die FDP entscheiden. Es ist aber sicher eine Möglichkeit, sich über Europa Gedanken zu machen, über Europa und die Zukunft zu reden. Und insofern begrüße ich alles, was zur politischen Diskussion und zur politischen Bewusstseinsbildung beiträgt, und da gehört sicher auch so was wie diese Abstimmung der FDP dazu. Wobei ich überzeugt bin, dass sich die FDP als staatstragende Partei mit überzeugender Mehrheit für den Euro-Kurs und für die gemeinsame europäische Ausrichtung unserer Politik aussprechen wird.

SWR: Und wenn sich in der FDP doch die Euro-Skeptiker durchsetzen, würde dann die Regierung platzen?

H.-P.F.: Also da können Sie sicher sein, da besteht keine Gefahr.

SWR: Zum Schluss noch, Herr Innenminister, Sie haben für Montag zu einem „Runden Tisch“ eingeladen zum Thema „Gewalt im Fußball“. So einen „RundenTisch“ gab es ja schon einmal vor anderthalb Jahren mit ihrem Amtsvorgänger. Was erwarten Sie sich denn dieses Mal an konkreten Ergebnissen?

H.-P.F.: Man hat damals einen 10-Punkte-Plan ausgearbeitet. Und es geht darum, dass wir jetzt nach eineinhalb Jahren uns anschauen, was hat dieser 10-Punkte-Plan gebracht.

SWR: Na, offenbar ja nicht viel.

H.-P.F.: Und wir haben eine aktuelle Situation, richtig, dass die Gewalt gerade in einigen Fußballspielen in den letzten Wochen wieder zugenommen hat. Und deswegen muss man Antworten finden, wie man die Bemühungen weiter verstärkt. Und ich habe eine sehr klare Forderung an die Vereine, nämlich, dass sie noch mehr als bisher sich um die Fans kümmern müssen und dass sie noch mehr als bisher in der Verpflichtung sind, auch ihr Hausrecht im eigenen Stadion durchzusetzen.

SWR: Wäre nach italienischem Vorbild sinnvoll, dass man nur noch mit einem Fan-Pass ins Stadion kommt?

H.-P.F.: Eins ist klar, und das steckt ja auch hinter diesem Fan-Pass: Man möchte die Gewalttäter nach Möglichkeit aussortieren und sie unterscheiden können von den Fans, die harmlos sind. Das ist ja auch der Sinn dieses Passes. Und ich denke, diese Unterscheidung muss auch in Deutschland getroffen werden. Ob jetzt mit einem Pass oder auf andere Weise, das werden wir am Montag besprechen.